

Windkraftnutzung:

Einnahmen zulasten der Bürger und der Natur

"Windkraft am Teufelsberg vor dem Aus", BA vom 4. April:

Bürgermeister Kaltwasser erwartet bei einem Aus für Windräder am Teufelsberg einen Schub für den Bau solcher Anlagen am Kesselberg. Dass der Kesselberg ein Naturschutzgebiet und ein FFH-Schutzgebiet ist, dass dort Windräder nur unter allerschwersten Voraussetzungen realisiert werden können und dass in einem solchen Fall Lautertaler Bürger - insbesondere in Schannenbach und Knoden - schwer betroffen sind, scheint ihm völlig egal zu sein.

Entlarvend auch die Aussage zum Gehrenstein bei Gadernheim: ein Nein zu diesem Standort sei für die Gemeinde besonders bedauerlich, weil alle vier geplanten Anlagen auf kommunalen Grundstücken stehen und damit Pacht für die Gemeinde abwerfen würden. Das belegt eindeutig, dass es hier nicht um sauberen Strom oder die Kohlendioxid-Reduzierung geht, sondern schlicht um Einnahmen zulasten der Bürger und von Natur und Landschaft.

Der Bürgermeister hat einen Amtseid geleistet, Schaden von der Gemeinde und ihren Bürgern abzuhalten. Die Hessische Gemeindeordnung verpflichtet ihn, gegen "dagegenlaufende Beschlüsse gemeindlicher Gremien Widerspruch einzulegen" und gegebenenfalls vor Gericht zu ziehen. Man darf gespannt sein.

Leider gibt es nicht nur in Lautertal Lokalpolitiker, die in das gleiche Horn tuten und davon träumen, mit der Windkraft die gemeindlichen Kassen zu füllen. Dieser Trugschluss führt allerorten zu ungehemmten Bauboom, von dem lediglich die Planer und Investoren und Geldgeber profitieren, nicht aber Bürger, Natur und Landschaft. Dass sich ausgerechnet die Grünen an die Spitze dieser Bewegung setzen, verdeutlicht deren Wandel von einer Umweltpartei in eine Lobbyisten-Bewegung.

Die in und um Lautertal geplanten Standorte befinden sich mitten im naturnahen, für die Artenvielfalt (und die Erholung) unersetzlichen Buchenwald. Wo bleiben die Aktivisten von Greenpeace oder Robin Wood? Hier läuft einiges ganz gewaltig schief. Das böse Erwachen wird erst dann kommen, wenn die Regierung einsieht, dass mit der Windkraft keine sichere Stromversorgung gewährleistet werden kann.

Die hessische Umweltministerin Puttrich hat im BA vom 23. Februar festgestellt, dass die für die Nutzung der Windkraft angestrebten zwei Prozent der Landesfläche nicht landkreisbezogen heruntergebrochen werden dürfen. Das bedeutet nichts anderes, als dass die wertvollen Buchenwaldbestände des vorderen Odenwaldes geschont werden müssen. Doch Hessen-Forst verpachtet die Flächen an Investoren.

Schon heute werden rein rechnerisch die Stromverbrauchszahlen durch die "erneuerbaren Energien" erreicht. Das ist aber ein reines Planspiel, denn durch Schwankungen stehen diese nicht zu den Zeiten zur Verfügung, zu denen der Strom gebraucht wird. Und das wird nicht besser. Je mehr zugebaut wird, desto schlechter die Versorgungssicherheit. Und paradoxerweise steigen die Kohlendioxid-Emissionen durch den notwendigen Einsatz von Braunkohlekraftwerken als Puffer.

Dr. Karl-Josef Kuhn

Beigeordneter der

Gemeinde Lautertal (CDU)

Gadernheim

© *Bergsträßer Anzeiger*, Samstag, 06.04.2013